



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 08.11.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
am Mittwoch, 14. November 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 26.09.2012 und am 04.10.2012
2. **12-F-03-0158**

Unterstützung der Kampagne „Steuer gegen Armut“
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2012-

Der Finanzmarkt ist immer noch nicht stabil, weitere und neue Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen.

In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Natürlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen zu begrenzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht. Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken - wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken - die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten eine Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgabe und finanzieren damit ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst.

Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten - auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen. Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von ein Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen. Diese Einnahmen sollten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und den Bildungsbereich verwandt werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

3. 12-F-33-0125

Fördermöglichkeiten kommunaler Projekte durch die Europäische Union
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.11.2012-

Vorbemerkung:

Die Fördermöglichkeiten von kommunalen Projekten durch die Europäische Union gelten als recht unübersichtlich. Mit Bezug auf Frankfurt berichtete die FAZ vom 21.09.2012 unter der Überschrift "Europa hilft an vielen Stellen. Die Europäische Union hat eine Reihe von Töpfen, aus denen sie Projekte fördert. Frankfurt bemüht sich, davon zu profitieren".

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Fördermöglichkeiten kommunaler Projekte seitens der EU durch die Wiesbadener Stadtverwaltung beobachtet, für den Bedarf der Landeshauptstadt analysiert und dann ggf. vollumfänglich beantragt werden;

2. ob die dauerhafte Beobachtung und systematische Analyse zentral oder dezentral vorgenommen wird, unabhängig von der Frage, dass schließlich das jeweilige Fachamt Antragsteller ist;
3. ob die Verwaltung - im Gegensatz zu Frankfurt - einen Überblick hat, wie viele der laufenden Projekte in Wiesbaden mit EU-Geldern gefördert werden;
4. wie der Magistrat den Ist-Stand bei der Beantragung durch Wiesbaden angesichts der Fördermöglichkeiten bewertet.

4. 12-F-03-0108

Finanzielle Auswirkungen der Klagen der Feuerwehr
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.08.2012-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 20.09.2012

5. 08-F-01-0041

Mehr Transparenz bei Liegenschafts- und Garagenfonds
-Antrag der SPD-Fraktion vom 09.04.2008-

ANLAGE: Berichte des Magistrats (Dezernate I, III und IV) vom 21. und 28.09.2012

6. 12-V-07-0016

Haushaltsplanberatungen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung;
Zusetzung für den Tierpark Kastel

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 26.09.2012

7. 12-V-20-0053

DL 38/12-3

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2011 - Information über die wesentlichen Ergebnisse

8. Bericht des Oberbürgermeisters zur aktuellen Haushaltssituation

9. 12-V-31-0004

DL 40/12-2

Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in und am Stadion an der Berliner Straße ("Brita-Arena")

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **12-V-05-0013** **DL 40/12-1**
Gemeinsamer Berufsschulentwicklungsplan des Rheingau-Taunus-Kreises und der Landeshauptstadt Wiesbaden
2. **12-V-10-0033** **DL 38/12-1**
Scannen eingehender Briefpost im Dienstleistungszentrum / Poststelle
3. **12-V-20-0042** **DL 42/12-2, 41/12-2**
Abschlussbericht Konjunkturprogramm
4. **12-V-36-0023** **DL 42/12-3, 41/12-3**
Ausbau der Windkraft in Wiesbaden
5. **12-V-40-0039** **DL 40/12-3**
Ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hess.Schulgesetz
6. **12-V-41-0017** **DL 38/12-6**
Sanierung Wasserturm Schlachthof; Ausführungsvorlage
7. **12-V-41-0019** **DL 42/12-4, 41/12-4**
Vorabfreigabe von Mitteln des Investitionshaushalts 2013; Ausstattungsplanung für die Stadtbibliothek in der Mauritiusgalerie
8. **12-V-41-0025** **DL 42/12-5, 41/12-5**
Vorläufiger Abschluss Internationale Maifestspiele 2012
9. **12-V-51-0039** **DL 38/12-7**
Neubau Kindertagesstätte Künstlerviertel/Deckung aus Dezernatsbudget

- 10. 12-V-51-0040** **DL 38/12-8**
- Erhöhung von Leistungsentgelten in Kindertagesstätten;
Freigabe von Mitteln aus der Risikovorsorge für beschlossene und abschließend verhandelte
Maßnahmen
- 11. 12-V-51-0055** **DL 39/12-3**
- Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2011
- 12. 12-V-51-0059** **DL 42/12-6, 41/12-6**
- U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 90 zusätzlichen Krippenplätzen durch den Träger
Terminal for Kids gGmbH am Standort Justizverwaltungszentrum
- 13. 12-V-52-0013** **DL 43/12-3, 41/12-7**
- Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Rheinhöhe
- 14. 12-V-66-0213** **DL 43/12-4, 38/12-9**
- Carl-von Ossietzky-Straße: Einrichtung einer Querungshilfe
- 15. 12-V-66-0214** **DL 43/12-5, 38/12-10**
- Holzstraße Knotenpunkt Homburger Straße / Waldstraße:
Einrichtung eines Fahrbahnteilers
- 16. 12-V-66-0222** **DL 43/12-6, 38/12-11**
- Frankfurter Straße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestellen Langenbeckplatz
- 17. 12-V-66-0223** **DL 39/12-4**
- Wilhelmstraße: Benutzerfreundlicher Ausbau der Haltestelle Friedrichstraße
- 18. 12-V-82-0008** **DL 38/12-12**
- Bestellung Wirtschaftsprüfer TriWiCon und Erhöhung Eigenkapital Wiesbaden Marketing

Nicht öffentliche Beratung:

19. 12-V-20-0054

DL 38/12-1 NÖ

Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 09/2012

20. 12-V-20-0057

DL 42/12-2 NÖ, 41/12-1 NÖ

Kredit - Aufnahme eines Darlehens mit verkürzter Ansparzeit aus Mitteln des Hessischen
Investitionsfonds B

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Horschler
Vorsitzender